

**Sozialofbau an
Oprëschtung?**

Net mat eis!



Wielt KPL - d'Kommunisten!

Lëscht



www.kommunisten.lu

Sozialofbau an Opräschung? Net mat eis!

Aufruf der Kommunistischen Partei Luxemburgs zu den Wahlen zum Parlament der Europäischen Union

Am 9. Juni finden Wahlen zum Parlament der EU statt. Diese »Volksvertretung« soll angeblich die Interessen der Völker der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vertreten. In Wirklichkeit wird die Politik der EU in den Führungsetagen der Banken und Konzerne festgelegt und in Verhandlungen zwischen den Regierungen der mächtigsten EU-Länder in Entwürfen für Gesetze und Verordnungen formuliert, denen das EU-Parlament nur noch seine Zustimmung zu geben hat. Vertreter der Interessen von Banken und Konzernen, die im EU-Parlament und in dessen Umfeld zu Tausenden als Lobbyisten agieren, haben bedeutend mehr Macht und Einfluss als die gewählten Abgeordneten.

Das im Jahr 1979 aus der beratenden Parlamentarischen Versammlung der Montanunion hervorgegangene EU-Parlament verfügt zwar über rund 750 gut bezahlte Parlamentarier, doch deren politische Einflussnahme tendiert gegen Null. Dieses Parlament hat keine Befugnisse, eine EU-»Regierung« zu wählen, die Kommissare werden vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs bestimmt, der zudem über die »Außen- und Sicherheitspolitik« entscheidet – in wachsendem katastrophalen Ausmaß. Die Parlamentarier dürfen sich damit begnügen, die Kommissare zu befragen. Den unterbreiteten Gesetzesvorschlägen können sie zustimmen und bei Ablehnung höchstens um neue bitten. Das Initiativrecht zur Gesetzgebung hat nur die Kommission, die mit ihren Liberalisierungsbeschlüssen in den vergangenen Dekaden die nationale Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten ausgehebelt hat. Damit werden die bürgerlichen Demokratien dieser Staaten bevormundet und zahlreiche Errungenschaften der Arbeiterbewegung torpediert.

Entscheidend sind im legislativen Prozess die völlig undemokratisch besetzten 150 Arbeitsgruppen des EU-Rates, zu denen die Lobby- und Branchenverbände der Industriekonzerne, Banken, Versicherungsgesellschaften und Medienunternehmen Zugang haben. Die 12.500 registrierten Lobbyisten verfügen über ein Budget von hunderten Millionen und über gute Kontakte zum Rat und zur Kommission. »Arbeitsessen« und »Beratungen« mit den Abgeordneten des EU-Parlaments gehören ebenfalls zum politischen Alltag. Vertreter der Gewerkschaften, von Umweltschutz- und Konsumentenschutzorganisationen, die nicht im Sinne einer wirtschaftlichen Eliten agieren, sondern die Interessen der arbeitenden Menschen verteidigen sollten, werden innerhalb der EU auch als »Lobbyisten« behandelt. Im Vergleich zu den Lobbyisten des Kapitals spielen sie nur eine marginale Rolle und sind nicht in der Lage, eine Gegenmacht auf EU-Ebene zu bilden.

Die EU war und ist seit dem Moment der Gründung ihrer Vorgängerorganisation, der Montanunion im Jahre 1951 eine Struktur, die ausschließlich den Interessen der Großbanken und Konzerne dient und im Widerspruch zu den Lebensinteressen der Schaffenden steht. Von Anfang an war dieser Zusammenschluss einzig und allein darauf gerichtet, den Eigentümern der Banken und Konzerne die günstigsten Bedingungen für die Erzielung immer größerer Profite zu sichern. Jegliche Beschlüsse der EU und ihrer Vorgängerorganisationen, einschließlich der Abschaffung der Zollgrenzen und der Passkontrollen im Schengen-Raum und der Einführung des Euro, waren vor allem diesem

Hauptziel untergeordnet – auch wenn sie gleichzeitig Erleichterungen für die Menschen brachten.

Die Europäische Union nimmt für sich in Anspruch, für »Europa« zu sprechen und zu handeln. Dabei wird bewusst ignoriert, dass eine Reihe von Staaten auf dem europäischen Kontinent nicht der EU angehört.

Sowohl die Funktionsweise als auch die Entscheidungsfindung innerhalb der EU lassen demokratische Prinzipien vermissen. Die hinter verschlossenen Türen tagenden Staats- und Regierungschefs der EU-Länder sind nicht in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die kapitalistische Krise, die fortschreitende massenhafte Zerstörung von Arbeitsplätzen, die zunehmende Desindustrialisierung ganzer Landstriche zu ergreifen. Die seit Jahren verkündeten Pläne zur Reduzierung der Staatsschulden, zur Eindämmung der Spekulationen auf den Finanzmärkten oder zum Abbau der Arbeitslosigkeit haben sich als völlig wirkungslos erwiesen.

Die Politik der EU ist weder sozial noch klimafreundlich

Besonders seit dem Beginn der kapitalistischen Krise im Jahr 2008 hat die EU ihr wahres Gesicht gezeigt. Für die »Rettung« von Banken wurden Hunderte Milliarden Euro an öffentlichen Geldern ausgegeben, die ausschließlich das Ziel hatten, den Profit der Besitzer der Banken, die Dividenden der Aktionäre und die Spekulationsgewinne der »Investoren« zu sichern. Im Zuge dieser »Bankenrettung« haben sich die meisten Mitgliedsländer der EU zusätzlich stark verschuldet.

Um diese immensen Summen aufzubringen, wird den arbeitenden Menschen immer mehr Geld aus den Taschen gezogen. Das führte zu drastischen Verlusten beim Einkommen aufgrund der Erhöhung von Steuern und Abgaben, der Senkung von Ausgaben der Mitgliedstaaten für Gesundheit, Bildung und fast alle sozialen Aufgaben, der Privatisierung von staatlichen Unternehmen, der Flexibilisierung von Arbeitsbedingungen, der Deregulierung von Arbeitszeiten, der Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch sogenannte Rentenreformen, und der Forderung an die Lohnabhängigen, ihren Arbeitsplatz und Arbeitsort entsprechend den Interessen der Unternehmen beliebig oft zu wechseln, auch durch die Förderung von Leiharbeit. Die soziale Dimension der EU steht damit am Rande ihrer Bedeutungslosigkeit.

Die Europäische Union wirkt seit jeher als Triebkraft der Liberalisierung von Dienstleistungen (Telekommunikation, Post, Eisenbahn, Wasser- und Energieversorgung) und der Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und fördert über die von ihr verordnete Austeritätspolitik und die Finanzmarktintegration weitere Privatisierungsprozesse.

Das hat zur Folge, dass öffentliche Unternehmen zunehmend unter Druck geraten und »aus Konkurrenzgründen« – mit dem Einverständnis von Regierungen oder auf deren Anordnung – Teile von Unternehmen ausgliedern und privatisieren, ihre Dienstleistungen einschränken und/oder teurer machen, und die Löhne und Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten über die Abschaffung des öffentlichen Statuts zu verschlechtern, um Einsparungen vorzunehmen (wie das zum Beispiel bei der Luxemburger Post und den CFL der Fall ist).

Vor allem die Mitgliedstaaten der Euro-Zone werden immer stärker in ihrer nationalen Souveränität eingeschränkt. Die nationalen Parlamente können nicht mehr frei

über die Ausgaben des Staates entscheiden, denn die Haushaltspläne, die nach konkreten Auflagen der Führung der Euro-Gruppe aufzustellen sind, müssen zur Bestätigung in Brüssel eingereicht werden. 75 Prozent der nationalen Gesetzgebungen ergeben sich aus der Umsetzung von Richtlinien und Direktiven der EU.

Um diese Politik möglichst ungehindert umsetzen zu können, werden in den Mitgliedsländern der EU immer mehr soziale Rechte abgebaut, die von der Arbeiterbewegung über Jahrzehnte in harten und opferreichen Arbeitskämpfen durchgesetzt wurden. Noch bestehende Bestimmungen im Arbeitsrecht und im Streikrecht, welche die ungezügelte kapitalistische Ausbeutung einschränken, werden nach und nach abgeschafft.

Ungeachtet aller plakativen Bekundungen betreibt die Europäische Union eine Politik, die die Rechte der Frauen und Mädchen sowie der LGBTIQ+Community in der Praxis nicht genügend berücksichtigt, statt sie zu fördern. Die Gleichberechtigung der Frauen und die Rechte von Minderheiten können nur durch eine absolute Gleichbehandlung aller Menschen gefördert werden.

Die Politik der EU hat außerdem dazu geführt, dass demokratiefeindliche, rechtsextreme und offen faschistische Parteien und Bewegungen in mehreren Ländern der EU starken Auftrieb bekommen und bestimmend bei der Bildung von Regierungen in Mitgliedstaaten wurden oder zumindest mit ihren scheinbaren Alternativen zur Regierungspolitik stärker in nationalen Parlamenten und im EU-Parlament vertreten sind. Die direkte oder indirekte Förderung derartiger demokratiefeindlicher Parteien entspricht den Interessen der herrschenden Kräfte, weil sie die grundlegenden Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern nicht in Frage stellen, und weil damit der Weg zur weiteren Einschränkung grundlegender demokratischer Rechte geebnet wird.

Die von der Führung der Europäischen Union mit viel Aufwand propagierte Politik des Klima- und Umweltschutzes wird in der Praxis zu einer Farce, indem vor allem Banken und Konzerne gefördert werden, die mit »grün« gefärbten Programmen und Kampagnen große Profite einstreichen können. Gleichzeitig wird großen Konzernen die Möglichkeit eingeräumt, die Herstellung von umwelt- und klimaschädlichen Produkten ungehindert fortzusetzen. Sowohl durch Emissionshandel als auch durch den massenhaften Export veralteter Produkte, vor allem von Kraftfahrzeugen, werden Probleme in Drittstaaten verlagert, um die eigene »Klimabilanz« zu verbessern. Sowohl der aufwendige Import von unter klimaschädigenden Bedingungen geförderten Energieträgern aus Übersee, als auch der Konkurrenzkampf auf dem Gebiet der klimafreundlichen Technologien behindern eine echte Klimapolitik. Im Zuge der Militarisierung und der Unterstützung der Kriegsführung vor allem in der Ukraine, der Herstellung und Lieferung von immer mehr Waffen und der Abhaltung von großen Militärmanövern wird dem Klima immer größerer Schaden zugefügt.

Eine echte Politik zum Schutz des Klimas und der Umwelt ist nur möglich, wenn nicht die Erzielung von Maximalprofiten und die Konkurrenz mit anderen Staaten außerhalb der EU im Vordergrund stehen.

Die Militarisierung der EU ist eine Gefahr für den Frieden

Verheerende Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten bedeuten ein Risiko des Ausbruchs neuer, noch größerer Kriege. Damit wächst auch die Gefahr eines mit Atomwaffen geführten Krieges, der das Ende unserer Menschheit bedeuten würde.

Die Europäische Union, die im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis zugesprochen bekam, hat sich mit ihren jüngsten Beschlüssen zu einer Militärunion entwickelt.

Die grenzenlose Aufrüstung in allen Ländern der Europäischen Union, die Verschwendung von Milliarden Euro für den Krieg in der Ukraine, eine noch nie dagewesene Sanktions- und Embargopolitik gegenüber Russland und China führen in den Ländern der EU zu einem verschärften Sozialabbau.

Immer neue Lieferungen von Waffen, Munition und Geld durch die Mitgliedstaaten der NATO und der Europäischen Union an die Ukraine werden nicht zu einem Ende des Krieges führen, sie vergrößern im Gegenteil die Gefahr seiner Ausweitung, führen zu immer mehr Toten und Verletzten, zu immer mehr Zerstörung, zu immer größerem menschlichem Leid. Der Krieg in der Ukraine kann von keiner der Seiten durch einen militärischen Sieg beendet werden. Dringend notwendig ist die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel einer Waffenruhe und einer Friedensregelung, unter Beachtung der Sicherheitsinteressen aller beteiligten Seiten. Verhandeln bedeutet nicht kapitulieren, sondern den Sieg der Vernunft über den Geist des Krieges!

Die Tatsache, dass die Ukraine unter Ausnutzung anti-russischer Stimmungen bei einem Teil der Bevölkerung zu einer engeren Bindung an die EU gedrängt wurde, um damit den Einflussbereich der EU bis an die Grenzen der Russischen Föderation auszudehnen und den politischen sowie wirtschaftlichen Einfluss Russlands auf die ehemaligen Republiken der Sowjetunion zurückzudrängen, ist eine der Ursachen des Krieges in der Ukraine, der mit der sogenannten »Anti-Terror-Operation« der Kiewer Führung gegen die Menschen in der Ostukraine im Jahr 2014 begann.

Der Krieg Israels gegen das palästinensische Volk hat bereits weit mehr als 40.000 Todesopfer gekostet, in der Mehrheit Frauen und Kinder. Die Zerstörung von Wohnhäusern, Krankenhäusern, Bildungsstätten, religiösen und anderen kulturellen Einrichtungen in Gaza ist ohne Beispiel. Ursache dieses Krieges ist die jahrzehntelange Okkupations- und Unterdrückungspolitik des Staates Israel gegen das Volk der Palästinenser, unter totaler Missachtung aller Beschlüsse der UNO. Ungeachtet aller Aufforderungen zu einer Waffenruhe werden weiter Waffen nach Israel geliefert – auch über die NATO-Agentur NSPA in Luxemburg, die jetzt mit luxemburgischen Steuergeldern weiter ausgebaut werden soll.

Die NATO und die Europäische Union haben Rüstungsprogramme begonnen, die alle Maßstäbe der menschlichen Vernunft mit Füßen treten. Die NATO erarbeitet unter Führung der USA neue Einsatzprogramme für modernisierte Atomwaffen. Davon betroffen ist auch der Stützpunkt in Büchel, wenige Kilometer von der luxemburgischen Grenze entfernt. Dieser Stützpunkt wäre im Falle eines Atomkrieges eines der ersten Ziele – mit entsprechenden Auswirkungen auf unser Land. Die Friedensnobelpreisträgerin Europäische Union assistiert mit Worten und Taten dieser gefährlichen Politik.

Den Preis für die Aufrüstung und für die Folgen der Sanktionen müssen die Steuerzahler in den EU-Ländern tragen. Statt die häufig versprochenen Ziele beim Klimaschutz ernsthaft anzustreben, werden durch Krieg, Aufrüstung und den Import von Energieträgern aus Übersee dem Klima noch größere Schäden zugefügt.

Die verstärkte Militarisierung der EU macht deutlich, dass die Herrschenden – 110 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges – den Ausweg aus den Krisen erneut in Kriegen suchen.

Die im Zusammenhang mit der Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahr 2012 verbreitete Behauptung, die EU habe seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zur Friedenssicherung in Europa beigetragen, ist eine Lüge. In Wirklichkeit waren Truppen aus EU-Staaten seit den 1990er Jahren an Kriegen und militärischen Konflikten in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak, in Libyen, im Kongo, in der Elfenbeinküste, in Mali, in Somalia, im Sudan und an anderen Brennpunkten beteiligt. Der Angriff der EU-Mitgliedstaaten Britannien und Frankreich auf Libyen im Jahr 2011, der mit Billigung der EU erfolgte, hat dazu geführt, dass radikal-islamistische Kräfte an die Macht gebombt wurden. In der Folge dieses Umsturzes konnten radikale Islamisten ihren Einfluss und ihre terroristischen Angriffe auf eine Reihe von Nachbarländern ausdehnen, wodurch die schwelenden Konflikte vor allem in Syrien und in der Sahel-Zone sowie in weiteren Staaten der Region angeheizt wurden.

Das Ziel dieser militärischen Einsätze ist klar definiert: Es geht um die Sicherung von Märkten, von natürlichen Ressourcen und der Transportwege von Waren und Bodenschätzen. Den Nutzen haben die Besitzer der Banken und Konzerne, den Preis dafür zahlen die arbeitenden Menschen. Insbesondere für die in den Ländern der EU tätigen Rüstungskonzerne ist das eine Quelle für sprudelnde Extra-Profite.

Die Migrationspolitik der EU dient den Interessen des Kapitals

Die Ausbeutung der Länder des globalen Südens wird verstärkt fortgesetzt. Während sich die führenden Staaten der EU – oft mit Einsatz militärischer Mittel – den ungehinderten Zugang zu den natürlichen Ressourcen dieser Länder sichern, werden gleichzeitig Waren aus der EU dorthin exportiert, die eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung der Länder behindern und allmählich die wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens der dortigen Bevölkerung zerstört und zu ihrer Verarmung geführt haben.

Eine der Folgen dieser Politik ist die massive Zunahme der Flüchtlingsbewegung aus den von Kriegen und Krisen betroffenen Gebieten. Die EU hat diesem Massenelend nichts entgegenzusetzen als eine militärische Stärkung der »Festung Europa«, den Kampf gegen die Profiteure der Flüchtlingsbewegungen, die Menschenschmuggler, und die finanzielle Unterstützung diktatorischer Regime in Nordafrika, die als Wächter gegen die Flucht in Richtung Europa agieren sollen.

Die vor einigen Jahren mit großem Aufwand an Propaganda verkündete »Asyl- und Flüchtlingspolitik« der EU hat sich vor allem als eine Politik der Abwehr von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten erwiesen. Weder die Deklaration einiger Länder als »sichere Drittstaaten«, noch die offiziell angestrebte Aufteilung von ankommenden Flüchtlingen auf alle Mitgliedstaaten der EU konnten das Problem der massenhaften Fluchtbewegung auch nur annähernd lösen. Flüchtlinge werden oft als Spielball für die Umsetzung von politischen Zielen missbraucht.

Gleichzeitig suchen EU-Länder im Ausland nach gut ausgebildeten Fachkräften, um dadurch Kosten für die Ausbildung junger Menschen im eigenen Land einzusparen. Viele dieser Fachkräfte kommen sogar aus EU-Ländern wie Spanien, Portugal, Griechenland oder Italien, die zu Zehntausenden auswandern, um in den vermeintlich »reichen« Ländern eine bessere Zukunft zu finden. Die so Entwicklung wird auch dazu ausgenutzt, eine Konkurrenz unter den Arbeitern aus unterschiedlichen EU-Ländern zu erzeugen.

Eine wirksame Politik zur Reduzierung der Massenflucht aus Kriegs- und Krisengebieten kann nur darin bestehen, aktiv für die Beendigung von Kriegen einzutreten,

die Bedingungen für terroristische Bewegungen auszumerzen und in den jeweiligen Ländern eine wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die nicht den Interessen von Banken und Konzernen der EU-Länder, sondern den Interessen der Menschen in ihren Ländern entspricht.

Die KPL ist davon überzeugt, dass die EU nicht reformierbar ist

Die Schaffung der Europäischen Währungsunion und die damit verbundene Einführung des Euro als Einheitswährung im Jahre 2001 wurde von den Kommunisten von Anfang an kritisiert und abgelehnt, weil zu diesem Zeitpunkt keinerlei Anstrengungen zur Harmonisierung der Steuersysteme, der Preisniveaus und der Einkommen der arbeitenden Menschen unternommen wurden. Bis heute bestehen in allen Ländern der Euro-Zone weiterhin unterschiedliche Standards bei Steuern und Abgaben, große Unterschiede bei den Preisen für Waren und Dienstleistungen und große Ungleichheiten bei Löhnen und Gehältern. Gleichzeitig sind seit der Einführung des Euro in allen betroffenen Ländern die Preise für Waren des täglichen Bedarfs und für Dienstleistungen, für Grund und Boden sowie für Mietwohnungen spürbar angestiegen – und proportional dazu die Einkommen der Besitzer von Banken und Unternehmen.

Die KPL wird die Wahlkampagne dazu nutzen, ihre Auffassung über den Charakter der Europäischen Union und deren politischer und wirtschaftlicher Entwicklung zu erläutern. Die KPL fordert zwar nicht den Austritt Luxemburgs aus der EU, aber im Gegensatz zu allen anderen Parteien in Luxemburg ist die KPL der Überzeugung, dass es nicht möglich ist, durch kleinere oder größere Reformen aus der EU eine Organisation zu machen, die den Interessen der arbeitenden Menschen dient. Die Politik des Sozialabbaus, der verschärften Ausbeutung, der Privatisierungen, der Militarisierung kann nur aufgehoben werden, wenn die schaffenden Menschen bereit sind, grundlegende Veränderungen durchzusetzen.

Die Kommunistische Partei Luxemburgs fordert:

Widerstand gegen jeglichen Sozialabbau

- die Banken sowie die großen Industrie- und Dienstleistungsbetriebe aus dem Besitz privater Unternehmer, die ausschließlich für die Mehrung ihres privaten Gewinns handeln, in den Besitz des ganzen Volkes zu überführen, so dass die Schaffenden über die Produktion, über Investitionen und die Verwendung des Gewinns entscheiden können;
- eine strukturelle Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und der Mindestrente, keine »Anpassungen« in der EU nach unten;
- Förderprogramme für den Bau von öffentlichen Mietwohnungen;
- Regelungen zur Einhaltung gesetzlich festgeschriebener Arbeitszeiten und die Abschaffung der zahlreichen Ausnahmeregelungen, die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich;
- die Beseitigung aller Einschränkungen beim Streikrecht, so dass alle Streikformen rechtens sind, einschließlich des Warnstreiks; Anerkennung des Rechts der Gewerkschaften zur Aushandlung von Kollektivverträgen;

- die Abschaffung der Leiharbeit und eine gesetzliche Regelung der Plattformarbeit, die eine Form moderner Sklaverei sind;
- eine offensive und effektive Politik gegen alle Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen;
- Programme zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, bessere Betreuung der Arbeitslosen, und Arbeitslosengeld für alle Arbeitslosen;
- die obligatorische Anerkennung des Resultats eines Referendums, die Wählbarkeit aller Staatsfunktionen, einschließlich des Staatsoberhauptes, eine Rechenschaftspflicht der Abgeordneten auf nationaler und EU-Ebene gegenüber ihren Wählern;
- die Aufhebung der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen;
- die gesetzliche Anerkennung des Rechts auf Arbeit, auf Gesundheitsfürsorge, auf Bildung und soziale Sicherheit;
- eine höhere Besteuerung der Großunternehmen und Finanzgesellschaften, eine progressive Vermögenssteuer für Super-Reiche;

Energie- und Klimapolitik für die Menschen

- die Förderung erneuerbarer Energiequellen: Windenergie, Sonnenenergie, Biomasse, Wasserkraft, Geothermie; eine schnelle Senkung des Ausstoßes von Kohlendioxid und anderer Treibhausgase, keine Verlagerung der Klimaschäden ins Ausland;
- das Verbot des Imports von Energieträgern, die durch umwelt- und klimaschädigendes Fracking gewonnen und per Schiffstransport aus Übersee eingeführt werden;
- die Anpassung der gesamten Wirtschaft – Industrie, Energiewirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Weinbau, Wohnungsbau – an die Klimaerwärmung, die unter kapitalistischen Vorzeichen selbst bei massiven Einsparungen von Kohlendioxid-Emissionen nicht zu stoppen ist;
- die Vergesellschaftung aller Betriebe im Energiebereich, um eine sichere, umweltschonende und für alle bezahlbare Energieversorgung zu ermöglichen;
- den Stopp der Nutzung von Atomstrom;

Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg

- eine radikale Senkung der Militärausgaben, sofortiger Stopp der Finanzierung immer neuer Rüstungsgüter, Stopp der Teilnahme Luxemburgs an den militärischen Aktivitäten der NATO und der EU, Verbot des Einsatzes luxemburgischer Satelliten für militärische Zwecke, keine Produktion von Gütern in Luxemburg, die für militärische Zwecke einsetzbar sind, keine Beteiligung Luxemburgs an militärischen Projekten der NATO und der EU;

- die Unterzeichnung des UNO-Vertrages über das Verbot aller Atomwaffen;
- die Aufhebung aller Embargobeschlüsse, die auch negative Auswirkungen auf die Menschen in den EU-Ländern haben, sowie aller Sanktionen gegen Staaten außerhalb der EU;
- die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa als ersten Schritt zur weltweiten atomaren Abrüstung und zum allgemeinen Verbot aller Atomwaffen;
- das Verbot aller Massenvernichtungswaffen, Abschaffung aller Streubomben und Landminen;
- die Abschaffung der »Festung Europa«, gemeinsame Regeln für die Zuwanderung, Beendigung der neokolonialen Ausbeutung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, rigorose Erhöhung der Budgets zur Unterstützung in Unterentwicklung gehaltener Länder;
- die Aufnahme von multilateralen Gesprächen über eine neue Friedensordnung nach dem Muster der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa;
- die Unterstützung von Initiativen für Verhandlungen über einen Waffenstillstand unter Teilnahme aller beteiligten Seiten und über Frieden in der Ukraine unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller beteiligten Seiten;
- den sofortigen Stopp aller Lieferungen von Waffen und Geld an die Ukraine;
- eine sofortige und bedingungslose Waffenruhe in Gaza! Stopp jeglicher Waffenlieferungen an Israel; Anerkennung des Staates Palästina, Zustimmung zur Vollmitgliedschaft des Staates Palästina in der UNO; der Protest gegen den Krieg in Gaza und die Unterdrückung der Palästinenser richtet sich nicht gegen Menschen jüdischen Glaubens, sondern gegen die verantwortlichen Politiker und Militärs des Staates Israel;
- die Rücknahme aller bisherigen Beschlüsse zum Ausbau der EU zu einer Militärmacht, Abrüstung statt Aufrüstung;
- die Aufhebung aller außenpolitischen Beschlüsse der EU, die dazu dienen, Spannungen in anderen Regionen der Welt, insbesondere im Nahen Osten, zu schüren oder zu verschärfen; Herstellung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen mit allen Ländern der Welt, unabhängig von ihrer politischen und sozialen Orientierung;
- den Kampf gegen alle Formen von Faschismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und Antikommunismus.

Gemeinsam mit anderen kommunistischen Parteien Europas tritt die KPL dafür ein, die EU in ihrer bisher existierenden Form aufzulösen und eine neue Struktur der regionalen Zusammenarbeit für alle Völker des europäischen Kontinents und im Interesse aller Werktätigen zu schaffen.

Nein zur EU des Sozialabbaus und des Finanzkapitals

Für ein Europa des Friedens, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit

Sozialofbau an Oprëschtung?

Net mat eis!



kommunisten.lu



Ali RUCKERT, 69
Journalist, Chefredakter
Zeitung vum Lëtzeburger Vollek



Dzenana ADROVIC, 28
Administrativ Sekretärin



Enrique GUERRERO, 44
Architekt



Alain Herman, 42
Lycéesprofesser



Claudine MUNO, 52
Geschäftsfra



Edoardo TIBERI, 54
Affekot



Lëscht



Wielt KPL - d'Kommunisten!

